



*Ihre SPD-Ratsfraktion wünscht ein fröhliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2009*

## DO investiert in Klimaschutz und spart

Ein Kraftwerk für die Körnig-Halle / Stadt unterstützt Bauherren beim umweltfreundlichen Bauen

**Der effiziente Einsatz von Energie schont das Klima und entlastet zugleich den Geldbeutel. Nach diesem Motto handelt die Stadt Dortmund und erhält dabei die volle Unterstützung der SPD-Fraktion.**

Auch die Stadtverwaltung leidet unter steigenden Energiekosten. Deshalb wurden und werden öffentliche Gebäude so umgestaltet, dass sie weniger Energie verbrauchen.

In der Berswordt-Grundschule werden Fenster erneuert; in der Osterholzgrundschule wird die Heizungsanlage modernisiert; beim Karl-Schiller-Berufskolleg werden die Außenfassaden mit einem Wärmedämm-Verbundsystem saniert. Drei Beispiele von vielen.

### Mit Holz heizen

Aber Energie kann nicht nur gespart werden, man kann sie auch klimaschonend erzeugen. Deshalb werden demnächst die Feuerwache Hörde und die Reichshof-Grundschule in Brackel mit Holzpelletanlagen be-



„Airwin“ erzeugt seit August 1997 jährlich etwa 700 000 Kw/h klimafreundlichen Strom und ist eine der größten Anlagen in diesen Breitengraden.

Foto: Anneke Wardenbach

heizt, während die Elisabeth-Grundschule in Eving über eine Geothermie-Anlage mit Wärme aus der Erde versorgt wird.

Das Leichtathletik-Zentrum „Helmut-Körnig Halle“ erhält ein Blockheizkraftwerk, das mit regenerativen Energien betrieben wird. Auf zahlreichen Dächern von Schulen, Sporteinrichtungen und Veranstaltungshallen gibt es Photovoltaikanlagen, mit denen Sonnenenergie in elektrischen Strom umgewandelt wird. Bereits 1997 wurde auf Dortmunder Gebiet das erste Windkraftträd „Airwin“ in Betrieb genommen, das heute noch zu den größten Anlagen in der Region zählt.

Die Stadt übernimmt eine Vorbildfunktion, indem sie das Rathaus und das Stadthaus mit Ökostrom versorgt.

### Wer dämmt, spart

Für private Bauherren ist die Berücksichtigung besonderer Bauvorschriften das Gebot der Stunde, wenn sie langfristig Energiekosten sparen wollen. Das beginnt bei der Planung des Häuschens. Ein Reihemittelhaus benötigt weniger Energie

als ein freistehendes Einfamilienhaus. Ein dem Sonnenlicht zugewandtes Haus kann Solarenergie besser nutzen als ein verschattetes Haus.

Wer an der Wärmedämmung und an gut isolierten Fenstern spart, zahlt langfristig drauf, weil er mehr die Umgebung als das Haus beheizt. Bei der Auswahl der Heizungsart sollte auf die Nutzung von erneuerbaren Energien gesetzt werden, damit man sich vom steigenden Energiepreis absetzen und zugleich das Klima schützen kann.

Die Stadt Dortmund unterstützt Bauherren beim energieeffizienten Bauen. Im Bereich des Wohnparks „Stadtgärtnerei“ z.B. wurde in den Kaufverträgen vereinbart, dass die neuen Häuser dem Standard des sogenannten KfW-Energiesparhauses-60 entsprechen müssen.

Dazu gibt es nicht nur eine umfassende Energieberatung, sondern auch noch Zuschüsse der KfW-Bankengruppe. Ähnliches gilt zukünftig auch für andere Baugebiete.

Dortmund hat beim Klimaschutz viel erreicht und wird auch in Zukunft Vorreiter bei der Energieeffizienz sein.

## CDU/FDP benachteiligen Dortmund

Landesregierung entscheidet gegen Experten bestehende Hochschulen auszubauen

**Drei neue Fachhochschulen werden in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Damit setzt sich die CDU/FDP-Landesregierung über eindeutige Empfehlungen zahlreicher Experten hinweg, die den weiteren Ausbau bestehender Hochschulen für wirtschaftlicher und schneller umsetzbar halten, als den Bau neuer Fachhochschulen.**

Von den 2500 neuen Studien-

plätzen wird also kein einziger in Dortmund entstehen. Die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung macht alle Ausbaupläne der gut ausgelasteten Fachhochschule Dortmund zunichte.

CDU und FDP in Düsseldorf ignorieren bewusst die berechtigten Dortmunder Interessen. Das ist ein schlechtes Signal und ein Nachteil für den Ausbildungsbedarf in der Dortmunder Region.

Der Ausbau der Dortmunder

Fachhochschule wäre sinnvoll gewesen, um die gezielte Ausbildung und den Technologietransfer, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen in der Region, weiter voranzubringen.

### Top-Bewerbung für FH-Gesundheit

Eine Chance hat die CDU/FDP-Landesregierung noch, um ihre Dortmund-feindliche

Politik zu korrigieren: derzeit läuft der Standortwettbewerb für die geplante Fachhochschule der Gesundheitsberufe, an der weitere 1000 neue Studienplätze entstehen sollen.

Dortmund hat eine hervorragende Bewerbung abgeliefert und bietet beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen „Gesundheitscampus“. Jetzt muss die Landesregierung beweisen, ob fachliche Gründe vor parteipolitische Interessen gehen.

## CDU und Grüne verzögern Maßnahmen für Sicherheit und Schutz

Beschluss über Rettungsdienstbedarfsplan verschoben

**Dortmund ist eine sichere Großstadt. Sie hält wichtige Infrastruktureinrichtungen vor und hat eine unterschiedliche Einwohnerdichte in den Stadtteilen. Daher sind Feuerwehr und Rettungsdienst großen Herausforderungen ausgesetzt. Sicherheit ist mehr als ein weicher Standortfaktor.**

Das wird mit dem neuen Rettungsdienstbedarfsplan deutlich. Die Stadt unterhält mit den Hilfsorganisationen insgesamt 17 Rettungswagen, 11 Krankenwagen und fünf Notarztwagen an 15 Wachenstandorten. Damit ist sichergestellt, dass die Notfallrettung in 90% der Einsätze im innerstädtischen Bereich in 8 Minuten und im ländlichen Bereich in 12 Minuten vor Ort ist.

Der neue Rettungsdienstbedarfsplan optimiert diesen Erreichungsgrad weiter. Die Versorgungslücke im westlichen Stadtgebiet wird mit zwei neuen Rettungswagen geschlossen. Zusätzlich konnte die Stadt in den Verhandlungen mit den Krankenkassen erreichen, dass moderne Defibrillatoren und neue Rettungsfahrzeuge angeschafft werden können. Leider haben die Krankenkassen der Weiterführung des Babynotarztwagens nicht zugestimmt. Diese Leistung sei vom Ret-



Der Babynotarztwagen steht auf der Streichliste der Krankenkassen. Die SPD-Fraktion hat die Fortsetzung ab 2009 durchgesetzt.  
Foto: Stefan Quinting

tungsdienstgesetz nicht abgedeckt. Die Stadt beabsichtigt, sich über diese Haltung hinweg zu setzen und ab dem 1. Januar auf eigene Kosten ein Kinder-notarzteinsatzfahrzeug einzusetzen. Mit über 600 Fahrten für die „Kleinsten“ ist der Bedarf vorhanden.

Die SPD-Fraktion im Rat wollte diesen Verbesserungen im Rettungswesen zustimmen. Eine Beschlussfassung ist jedoch am Verhalten von CDU und Grüne gescheitert. Die Christdemokraten haben ihre Zustimmung zum neuen Rettungsdienstbedarfsplan verweigert. Für die CDU gilt das Motto „Privat vor Staat“ auch bei der Sicherheit. So will die Union die Arbeit der Hilfsorganisationen bescheiden und den Rettungsdienst für private Anbieter öffnen. Die Grünen im Rat zwei-

felnen die Finanzierung des neuen Rettungsdienstbedarfsplans an. Obwohl die Hilfsorganisationen noch dringend um Beschlussfassung in der Ratssitzung am 18. Dezember gebeten hatten, haben CDU und Grüne der Verwaltungsvorlage nicht zugestimmt.

Ein Schlag ins Gesicht der 800 ehren- und hauptamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen. Heilfroh ist die SPD-Fraktion, dass der Rat der Fortsetzung der Babynotfallrettung wenigstens noch zugestimmt hat. Die SPD-Fraktion will weiter auf die gute Kooperation zwischen Feuerwehr und Dortmunder Hilfsorganisationen setzen. Qualität und Erfahrung in der Notfallrettung gehen für die Sozialdemokraten in dieser wichtigen Entscheidung eindeutig vor der finanziellen Wirtschaftlichkeit privater Anbieter.



Gern besuchen Dortmunder die Partnerstadt Zwickau: Hier der Hauptmarkt mit Gewandhaus und Rathaus.  
Foto: Stadtverwaltung Zwickau

## 20 Jahre Städtepartnerschaft Dortmund - Zwickau

Aus alten Partnern wurden gute Freunde, die sich gerne helfen

**Vor 20 Jahren startete die Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und Zwickau. Die Initiative ging Ende 1987 von der Stadt Dortmund aus. Von Seiten der ständigen Vertretung der DDR in Bonn wurde Zwickau als Partnerstadt vorgeschlagen. Dortmund nahm Kontakt auf und am 5. Dezember 1988 wurde in feierlichem Rahmen die Städtepartnerschaftsvereinbarung im Zwickauer Gewandhaus unterzeichnet.**

Schon im Herbst 1989 stellte der Fall der Mauer die Part-

nerschaft auf eine neue Basis. Jetzt wurden wirtschaftliche, gesellschaftliche und verwaltungstechnische Hilfen zum Schwerpunkt. Der Dortmunder Rat beschloss, Zwickau mit medizinischen Hilfsmitteln und Medikamenten zu unterstützen. Zum Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung gingen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung Dortmund vorübergehend in die Partnerstadt, um beim Aufbau der dortigen Verwaltung behilflich zu sein.

1991 wurde die Städtepartnerschaftsvereinbarung wegen der veränderten politischen Lage um den Zusatz ergänzt, gemeinsam an den Aufgaben eines vereinten

Deutschland in einem geeinten Europa mitzuwirken.

Mittlerweile ist aus der Städtepartnerschaft eine Städtefreundschaft geworden: Einwohner beider Städte besuchen sich zu besonderen Anlässen und darüber hinaus haben Vereine, Verbände und einzelne Bürgerinnen und Bürger Kontakt miteinander.

Auch die SPD-Ratsfraktion Dortmund unterhält seit Jahren freundschaftliche Kontakte zu den dortigen Parteifreunden. Mit großem Erfolg: seit dem 1. August diesen Jahres ist die Sozialdemokratin Dr. Pia Findeiß neue Oberbürgermeisterin von Zwickau.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt:  
SPD-Fraktion im Rat der Stadt DO  
Dr. Andreas Paust  
Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1  
44135 Dortmund  
Tel.: 0231 / 574513 Fax: 579147  
Email: fraktion@spd-fraktion-dortmund.de

**Sie nutzen das Internet? Sie haben E-Mail?  
Dann besuchen Sie uns unter  
[www.spd-fraktion-dortmund.de](http://www.spd-fraktion-dortmund.de)  
und abonnieren Sie dort unseren aktuellen Newsletter!**